

Regieren heisst abwägen

Gutes Regieren heisst vorausschauendes Regieren, heisst Nutzen und Kosten von Massnahmen gegeneinander abwägen. Die Zeiten sind so, dass die Politik tragische Entscheide treffen muss. **STEFAN FELDER**

Kaum hatte der Bundesrat am 13. März per Notverordnung Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus erlassen, erneuerte die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften ihre Richtlinien für die Aufnahme und den Verbleib von Patienten auf der Intensivstation. Wenn kein Intensivbett mehr frei ist, sind tragische Entscheidungen der Ärzte über Leben und Tod ihrer Patienten unausweichlich. Gemäss den Richtlinien der Akademie sollen die Entscheidungen gerecht sein und möglichst viele Menschenleben erhalten. Daher sei die kurzfristige Überlebensprognose für die Aufnahme auf die Intensivstation entscheidend. Diese Klarheit der Intensivmediziner bei den Regeln, wie mit den Zielkonflikten in der Coronakrise umzugehen ist, wünschte man sich auch vom Bundesrat und den ihn beratenden Epidemiologen.

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga verteidigte das entschlossene Handeln der Regierung mit den erschreckenden Nachrichten aus Norditalien. «Es wäre verantwortungslos gewesen, wenn wir zuerst theoretische Überlegungen oder Berechnungen angestellt hätten. Es ging darum, Menschenleben zu retten.» (NZZ, 18. April) Tatsächlich, die Bilder aus der Intensivstation von Bergamo und die Lastwagenkolonne des Militärs mit den Särgen waren erschreckend und mögen das Einschreiten des Bundesrats zunächst gerechtfertigt haben. Gutes Regieren aber heisst vorausschauendes Regieren. Anfang März fehlte dem Bundesrat eine feste Grundlage für seine Notverordnungen; selbst heute kann er immer noch nicht wissen, was er auf der Nutzenseite vorzuweisen hat. Auf der Kostenseite hingegen musste ihm von Beginn weg klar gewesen sein, welchen Schaden seine Massnahmen in der Wirtschaft anrichten und welche Kosten damit der Bevölkerung entstehen.

Lebensjahre retten

Wenn zu Beginn einer Epidemie eine Person drei weitere Personen ansteckt und diese drei Personen wieder je drei weitere mit dem Virus anstecken usw., kommt das Wachstum der Ausbreitung erst zum Erliegen, wenn zwei Drittel der Bevölkerung durchsucht sind. Epidemiologen nennen diesen stabilen Zustand das endemische Gleichgewicht. Die Tödlichkeit des Virus bestimmt dann unweigerlich die Zahl der Toten. Falls sie 0,37% beträgt, wie für den Kreis Heinsberg am deutschen Niederrhein errechnet wurde, ist für die Schweiz bis zum Erreichen des endemischen Gleichgewichts mit 21 000 Todesfällen zu rechnen (0,37% von 5,7 Mio. Infizierten).

Bei einer Tödlichkeit von 1% stiege der Todeszoll des Virus auf 57 000. Solange es keinen wirksamen Impfstoff oder ein wirksames Medikament gibt, kommt man an diesen Zahlen nicht vorbei. Wir kaufen mit den Massnahmen zur Eindämmung der Infektion lediglich Zeit, die sich allerdings als wertvoll erweisen kann, falls bald ein Impfstoff entwickelt wird. Ob und wann eines der zahlreichen Projekte, die sich damit beschäftigen, erfolgreich ist, wissen wir jedoch nicht.

Bisher sind in der Schweiz rund 30 000 bestätigte Covid-19 Fälle aufgetreten, davon im April rund 16 000 Fälle. Rechnen wir noch einmal so viele unerkannte Fälle pro Monat hinzu und nehmen wir an, dass dieses Niveau weiterhin gehalten wird, müssten somit fünfzehn Jahre vergehen, bis zwei Drittel der schweizerischen Bevölkerung infiziert sind. Bei einer Tödlichkeit von 0,37% träten dabei jährlich 1420 zusätzliche Todesfälle auf. Zum Vergleich: die aktuelle jährliche Todeszahl in der Schweiz beträgt 67 000.

Umgekehrt kann man überlegen, wie viele Neuinfektionen pro Monat die Intensivstationen der Schweizer Spitäler maximal versorgen können. Nach eigener Schätzung auf der Grundlage chinesischer Daten und einer Intensivliegedauer von vierzehn Tagen (so die aktuellen Zahlen aus Deutschland) könnten mit den derzeit verfügbaren 1200 Intensivbetten, abgesehen vom Bedarf von Nicht-Covid-19-Erkrankten, 60 000 Neuinfektionen pro Monat abgesichert werden. In diesem Fall bräuchte es acht Jahre bis zum Erreichen des endemischen Gleichgewichts, und die zusätzlichen jährlichen Todesfälle stiegen auf 2700.

Um einen hohen Immunitätsgrad der Bevölkerung in nützlicher Frist zu erreichen, müsste die Zahl der Neuinfektionen deutlich steigen. Damit in zwei Jahren zwei Drittel der Bevölkerung immun sind, bräuchten wir 240 000 Neuinfektionen pro Monat. Damit würde die bestehende Kapazität an Intensivbetten um den Faktor vier überschritten. Die jährliche Todeszahl nähme um mehr als 10 800 zu, weil es an Betten und Personal mangeln würde.

Dieses Szenario wäre kaum durchzuhalten. Die Gröszenverhältnisse machen auch deutlich, dass mit gezielten Infektionen, wie sie die Kollegen Reiner Eichenberger und Thomas Straubhaar vorgeschlagen haben, das endemische Gleichgewicht nicht in zwei, drei Jahren zu haben ist. Es fehlen uns nicht nur die Intensivbetten, um ein solches Programm abzusichern, sondern auch das dafür notwendige ärztliche Personal.



«Jetzt Kurs halten und nicht auf das anfängliche Regime zurückfallen.»

Der Bundesrat gibt ein wenig Gas

Die raschere Lockerung des Stillstands kann das Schlimmste wohl verhindern. **PETER MORF**

Wirtschaftsminister Guy Parmelin diagnostizierte am Mittwoch ein «Morgenrot am Wirtschaftshimmel», auch wenn es allerdings immer noch dunkle Wolken gebe. In der Tat: Der Bundesrat hat anlässlich der Konkretisierung des weiteren Vorgehens zur Normalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Schweiz eine leichte Beschleunigung angekündigt.

Dahinter dürften im Wesentlichen drei Beweggründe stehen. Zunächst verbessert sich die epidemiologische Lage fortlaufend; die Zahlen positiver Tests sinken, Spitaleinweisungen wegen Corona liegen in der Zwischenzeit nahe bei null.

Zudem dürften die in der vergangenen Woche überarbeiteten Konjunkturprognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco dem einen oder anderen Bundesrat in die Knochen gefahren sein. Die Rezession wird tief und schmerzhaft, und es wird klar, dass eine total ruinierte Wirtschaft das Gesundheitswesen nicht mehr tragen kann. Schliesslich dürften auch Positionsbezüge und Forderungen der Wirtschaft eine Rolle gespielt haben. Nach der Kampagne der Tourismusverbände ist der Fremdenverkehr rasch zu einem Thema geworden.

Ab dem 11. Mai werden nicht nur die Läden und die Schulen geöffnet, sondern auch Restaurants, kulturelle Institutionen und Teile des Sports können mit je spezifischen Schutzkonzepten wieder aktiv werden. Zudem sind auch schrittweise Lockerungen der Einreisebeschränkungen

vorgesehen. Auf den 8. Juni vertröstet werden dagegen die Bergbahnen – der Tourismus wird sich nur sehr schleppend erholen können.

Der Bundesrat hat zudem die Unterstützungsmassnahmen für die Luftfahrt konkretisiert. Swiss und Edelweiss erleben derzeit ein nahezu vollständiges Grounding. Im Unterschied zu demjenigen der Swissair vor bald zwanzig Jahren ist es jedoch nicht selbst verschuldet, sondern letztlich politisch gewollt.

«Es wird klar, dass eine total ruinierte Wirtschaft das Gesundheitswesen nicht mehr tragen kann.»

Es ist klar, dass der Bund dafür in der Verantwortung steht. Obwohl Swiss und Edelweiss keine schweizerischen Unternehmen mehr sind, hilft der Bund in der Erkenntnis, dass sie für die Wirtschaft und den Standort Schweiz von grösster Bedeutung sind. Er engagiert sich aber nicht wie einst im Fall von Swissair direkt mit flüssigen Mitteln. Vielmehr sollen auch die Fluggesellschaften für ihre Liquiditätsbedürfnisse vom Bund garantierte Kredite erhalten. Ein Bankenconsortium stellt maximal 1,25 Mrd. Fr. bereit, davon werden 85% durch den Bund garantiert.

Die zwei Grossbanken UBS und CS tragen vorerst bis zu 1 Mrd. Fr., weitere Banken sollen dazukommen. Die Bundesbürgschaft ist an klare Bedingungen geknüpft: Die Gelder dürfen nicht ins Ausland abfliessen, es dürfen keine Dividenden ausgeschüttet werden, bis die Kredite zurückgezahlt sind, und die internationale Anbindung der Schweiz muss garantiert bleiben. Zusätzlich beantragt der Bundesrat einen Nachtragskredit von 600 Mio. Fr., um allenfalls die flugnahen Infrastrukturen zu stützen.

Der Bundesrat hat der Versuchung – bzw. Forderungen von Links-Grün –, diese Unterstützungsleistungen an klimapolitische Bedingungen zu knüpfen, widerstanden. Es muss darum gehen, die Anbindung der Schweiz sicherzustellen und nicht unter dem Deckmantel von Corona ökologische Politik zu betreiben.

Mit diesem Lockerungspaket, das grösser als zunächst erwartet ausgefallen ist, kann wohl das Allerschlimmste verhindert werden. Die Rezession ist zwar unvermeidlich, die Arbeitslosenzahlen und die Staatsschulden schnellen in die Höhe, die Wirtschaft wird jedoch nicht total zum Stillstand kommen – das ist trotz all des Elends immerhin als positiv zu vermerken.

Eine Frage allerdings bleibt offen, und es wird wohl nie eine schlüssige Antwort darauf geben: War der am 16. März verkündete und umgesetzte Lockdown wirklich nötig und angemessen, oder war er überzogen?

Beim Fokus auf die Rettung von Menschenleben verdrängt die Politik, dass lebenserhaltende Massnahmen den Tod letztlich nicht verhindern, sondern nur aufschieben können. Staatliches Handeln im Sicherheits- und im Gesundheitsbereich zielt daher in der Regel nicht auf die Zahl der Leben, sondern auf die Lebensjahre, die gerettet werden können. Die bisher gemäss BAG rund 1400 mutmasslich an Covid-19 Verstorbenen, durchschnittliches Alter 81,3 Jahre (Männer) bzw. 84,7 Jahre (Frauen), haben statistisch betrachtet im Mittel 8,4 Lebensjahre verloren. 97% von ihnen hatten eine, die Hälfte gar zwei oder drei Vorerkrankungen, sodass mit einem früheren Tod zu rechnen war. Wir sind statistisch nicht in der Lage, anzugeben, wie viele Lebensjahre wegen Covid-19 tatsächlich verloren gegangen sind.

Das Parlament ist gefordert

Gutes Regieren besteht darin, Nutzen und Kosten von möglichen Massnahmen gegeneinander abzuwägen. Das tun wir zum Beispiel in der Notfallrettung, wo Zahl und Verteilung der Rettungsdienste endlich und nicht auf maximale Rettung ausgelegt sind. Der direkte Nutzen einer Covid-19-Massnahme bemisst sich in gewonnenen Lebensjahren und eingesparten Folgekosten von vermiedenen Erkrankungen. Dagegen zu rechnen sind negative Gesundheitseffekte in Form zunehmender psychischer Erkrankungen, Verschleppung von Erkrankungen, weil aus Angst vor Ansteckung Arztbesuche unterbleiben oder nicht dringliche Operationen abgesagt werden. Aber auch der Einsatz von staatlichen Geldern und der Produktionsverlust in der Schweizer Wirtschaft je nach Art der Massnahme sind zu berücksichtigen. Niemand kennt die Parameter genau, aber es können Wahrscheinlichkeiten und Frankenbeträge angegeben werden, was welche Massnahme nützt und kostet.

Das Parlament wird nächste Woche über die Öffnung des Lockdowns beraten. Es sollte offen darüber diskutieren, wie weit diese gehen soll, wie viele Neuinfektionen tragbar sind, bevor wieder Massnahmen zur Eindämmung beschlossen werden. Die bereits eingeleiteten Lockerungen werden die Zahl der Neuinfektionen steigen lassen. Wichtig ist es dann, Kurs zu halten und nicht auf das anfängliche Regime zurückzufallen. Die Zeiten sind so, dass die Politik gehalten ist, tragische Entscheidungen zu treffen, nicht für Individuen, wie es Intensivmediziner tun müssen, sondern für die Bevölkerung insgesamt. Das Parlament muss Wohlstand und gesellschaftliches Leben gegenüber vorzeitigen Todesfällen abwägen, genauso wie es ausserhalb von Krisenzeiten implizit solche Entscheidungen trifft – ob es um Investitionen in die Verkehrssicherheit geht, Massnahmen zum Umweltschutz oder die Besteuerung von Tabakwaren.

Stefan Felder ist Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel.

Meine Top fünf

Ende Dezember hatte ich Ihnen meine fünf Lieblingsaktien für 2020 ans Herz gelegt: Sika, Swiss Life, Nestlé, Alphabet und Logitech. Zwar hatte ich mit einem schwierigen Aktienjahr gerechnet, doch was dann kam, konnte niemand vorhersehen. Deshalb ist es Zeit, die Tipps zu überprüfen. Würde ich die Aktien auch heute noch kaufen? Nur dann gehören sie ins Portfolio.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
die besten Aktien

Fangen wir im Ausland an. Alphabet – oder für viele immer noch Google – haben seit der Empfehlung 10% verloren. Da mache ich es kurz: Jeder Kursrückschlag ist für Alphabet ein Kaufsignal. Das Unternehmen hat schlichtweg keine Konkurrenz, prägt die Gesellschaft rund um den Erdball und wird an der Spitze bleiben.

Fast so leicht ist der Entscheid für Nestlé.

Die Aktien sind allwetterfest. Grosse Sprünge erwarte ich zwar nicht, doch als sichere Wette gehören Nestlé ohne Wenn und Aber dazu. Dann zu Sika: Sie haben seit der Empfehlung 10% verloren. Langfristig halte ich unverändert viel vom Bauzulieferer. Wer damit rechnet, dass der Aktienmarkt nochmals unter Druck gerät – ich gehöre dazu –, muss nicht sofort zukaufen. Doch behalten sollte man die Titel. Eine Alternative zu Sika sind LafargeHolcim.

Schwieriger wird es für Swiss Life. Von den fünf Tipps sind die Valoren mit –30% diejenigen, die am meisten gelitten haben. Doch genau deshalb würde ich sie jetzt kaufen. Nach jeder erdenklichen Bewertungsmethode sind Swiss Life günstig. Und Logitech? Was soll ich sagen – stark, stärker, Logitech. 10% höher als im Dezember und über Vorkrisenniveau. Auch eine Rückstufung der Jahresziele konnte den Papieren nichts anhaben. Die risikoreichsten aller fünf Titel, doch ich bleibe investiert.

Aktuell auf www.fuw.ch



Der EZB geht es nicht nur um Anleihenkäufe

Die Europäische Zentralbank baut jene Massnahmen aus, mit denen speziell die Kreditvergabe der Banken im Euro-Raum unterstützt wird. Dazu zählen eine neue Liquiditätsfazilität für Banken und deutlich günstigere Konditionen für die bestehende. Gemeinsam sind sie inzwischen umfangreicher als die Bondkäufe.

www.fuw.ch/020520-1

30 Mio. US-Erstanträge seit Pandemiebeginn

Der US-Arbeitsmarkt ist weiter im freien Fall. In der Woche vom 19. bis zum 25. April haben 3,8 Mio. Menschen einen Erstantrag auf Arbeitslosenhilfe gestellt. Das ist zwar eine Verbesserung zur Vorwoche, seit dem Beginn der Pandemie haben aber 19% der Arbeitsbevölkerung einen Erstantrag gestellt.

www.fuw.ch/020520-2

CS-Aktionäre wählen Rohner ein letztes Mal

Bei der Grossbank Credit Suisse bleibt Urs Rohner für ein letztes Jahr Verwaltungsratspräsident. Die Zustimmung der Aktionäre an der Generalversammlung am Donnerstag fiel dabei allerdings geringer aus als im Vorjahr. Auch die Dividende sowie alle restlichen Anträge wurden abgesegnet.

www.fuw.ch/020520-3

Keine Überraschung an der UBS-GV

Die Aktionäre der Grossbank UBS haben am Mittwoch an einer nur 80 Minuten dauernden Generalversammlung allen Anträgen des Verwaltungsrates zugestimmt. Die Zustimmungsraten zu Lohn- und Vergütungstraktanden fielen dabei etwas höher aus als im Vorjahr. Es waren drei Viertel der Aktien vertreten.

www.fuw.ch/020520-4

Shell kürzt erstmals seit 1940 die Dividende

Der niederländisch-britische Ölkonzern Royal Dutch Shell leidet unter den wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise und dem historisch niedrigen Ölpreis. Die Ausschüttung für das erste Quartal sinkt um 66% von 0,47 auf jetzt nur noch 0,16 \$ je Aktie. An der Börse reagierten die Anleger geschockt.

www.fuw.ch/020520-5